

StaatsZeitung



Staatsanzeiger für Rheinland-Pfalz
Herausgegeben von der Staatskanzlei im Auftrag der Landesregierung

VOM 21.04.08

„Bürgerkongresse sind Alibiveranstaltungen“

Die Opposition im rheinland-pfälzischen Landtag kritisierte während zwei von SPD und FDP beantragten Aktuellen Stunden das Vorgehen der Landesregierung bei der geplanten Kommunalreform. Die so genannten Bürgerkongresse seien bisher kein Erfolg gewesen, hieß es aus Reihen der FDP- und CDU-Fraktion.

Die von der Landesregierung initiierten Bürgerkongresse seien ein unnötig kostspieliges Unterfangen, sagte **Thomas Auler (FDP)**. Zudem sei nicht verständlich, dass Medienvertreter ausgeschlossen wurden. „Sie sollten an diesen Tagen Bürger zweiter Klassen sein“, kritisierte Auler. Für den Umgang mit der Presse habe es kein schlüssiges Konzept gegeben. Einige Fernsichtteams wurden zugelassen, andere nicht, so Auler. Dass eine Kommunalreform nötig sei, betonte Auler ebenfalls. Bei dieser müsste der Staat auf seine wesentliche Aufgabe reduziert werden. In den bisher diskutierten Vorschlägen habe man diese lediglich hin und her geschoben. „Die Bürgerkongresse sind Alibiveranstaltungen“, so Auler. Dies bestätigte für ihn, dass die Landesregierung sich schwer tue, ein Konzept zu erstellen.



„Medienvertreter waren nie vom Kongress ausgeschlossen“, entgegnete **Harald Schweitzer (SPD)**. Es sei allerdings von den beteiligten Wissenschaftlern darum gebeten worden, dass während der Workshops nicht gefilmt und keine Interviews geführt werden sollten. Als Ergebnis sei festzuhalten, dass der erste Bürgerkongress in Ludwigshafen ein voller Erfolg gewesen sei: „Die Bürger haben sich engagiert und ihre Ideen eingebracht“, sagte Schweitzer. Dies werde die weitere Beratung beim Thema



Kommunalreform beflügeln. Es werde nach dem Motto gearbeitet: „Die Experten sind die Bürger“. Von der CDU gebe es bisher kein Konzept zur Verwaltungsreform, kritisierte Schweitzer. „Außer den gleichen platten Platitüden haben wir von ihnen keinen einzigen konkreten Vorschlag gehört.“ Die von der Regierung vorgelegte Liste mit Aufgabenkritik und Vorschlägen hingegen sei durchaus anspruchsvoll.

„Für die CDU ist die Kommunalverwaltungsreform wichtig und richtig“, betonte **Dr. Josef Rosenbauer (CDU)**. Auch die Bürgerbeteiligung sei prinzipiell sinnvoll. Dennoch müsste gerade die CDU in die Planungen mit einbezogen werden, da sie die meisten Mandate auf kommunaler Ebene stelle. Es habe nur ein einziges Gespräch zwischen CDU und Landesregierung stattgefunden, kritisierte Rosenbauer. „Wir wollen gemeinsam diese Reform nach vorne bringen“, appellierte Rosenbauer an die Landesregierung.



Die Menschen, die zu den Kongressen gekommen sind, hätten dort hart gearbeitet und sich keinen schönen Tag gemacht, betonte **Hans Jürgen Noss (SPD)**. Die jetzigen Vorschläge der Landesregierung bei der Neuordnung der kommunalen Aufgaben seien zudem eine sinnvolle Diskussionsgrundlage. „Das bestätigen auch kommunale Spitzenverbände“, sagte Noss. „Wir brauchen eine Reform, die Kosten einspart und für mehr Bürgernähe sorgt.“ Ministerien würden, nach der vorgestellten 65-Punkte-Liste, ebenfalls Aufgaben abgeben. Besonders die CDU versuche jedoch das Thema zu blockieren.

„Wir haben die Bürgerbeteiligung immer für sinnvoll gehalten“, sagte **Heinz-Hermann Schnabel (CDU)**. Sie hätte allerdings nicht 600 000 Euro kosten dürfen. Das 65-Punkte-Papier sei für eine Reform zu wenig. „Sieht so eine Verwaltungsreform in Rheinland-Pfalz aus“, fragte Schnabel. Auch die

kommunalen Spitzenverbände hätten deutlich gemacht, dass es künftig noch einigen Gesprächsbedarf gibt. „Wir von der CDU wollen möglichst viel kommunalisieren“, nannte Schnabel die Grundzüge eines Unionskonzepts. Bisher sollten nur drei Aufgaben von den Landesministerien weg verlagert werden. Das sei zu wenig.

„Die Diskussion zeigt, dass man natürlich streiten kann“. Dies sei auch völlig in Ordnung, so **Alexander Licht (CDU)**. Die Reform müsse in einem kurzen Zeitplan umgesetzt werden. Erst zwei Jahre nach deren Ankündigung sei von der Landesregierung aber ein erster Vorschlag gemacht worden. So sei die Verwaltungsreform zum Scheitern verurteilt.

„Wollen wir dieses Reformbestreben wirklich so herunter reden“, fragte **Innenminister Karl Peter Bruch (SPD)** in Richtung Opposition. Ein solches Vorhaben sei heute ohne entsprechende Bürgerbeteiligung nicht zu realisieren. „Vor uns liegt nun eine Menge Arbeit.“ Daher sei es erfreulich, dass sich die CDU-Fraktion nun an der Verwaltungsreform beteiligen wolle. Es sei noch viel zu früh, um eine Bilanz über den ersten Bürgerkongress in Ludwigshafen zu ziehen, so Bruch. Die Menschen dort hätten interessante Anregungen gegeben. Daher könne ein Fazit erst nach den Kongressen und deren wissenschaftlichen Auswertung gezogen werden. Die jetzige Liste sei auch aus Gesprächen mit kommunalen Spitzenverbänden heraus entstanden. „Sie ist kein Gesetz, sondern nur eine Diskussionsgrundlage“, betonte der Innenminister. Die Aufgabenkritik solle in diesem Jahr zu Ende geführt werden. Danach werde auch entschieden, ob und wie über eine Gebietsreform gesprochen werde. Es sei zudem nie gesagt worden, dass alles kommunalisiert werden müsse. Die Idee der Reform sei zudem nicht in Mainz entstanden, sondern komme aus den Reihen der Kommunalpolitiker selbst.

